INTERNATIONALER GEWERKSCHAFTSBUND

3. WELTKONGRESS

Berlin, 18. – 23. Mai 2014

Tagesordnungspunkt 6:

(d) Dringlichkeitsentschließungen

DAS ERGEBNIS NEOLIBERALER POLITIK IN DER TÜRKEI: GETÖTET BEI DER ARBEIT IN SOMA

(eingereicht von DISK, KESK, HAK-IS, TÜRK-IS, Türkei)

WÄHREND: Eine Explosion in einem Kohlebergwerk am 13. Mai 2014 in Soma in der Türkei zu dem tragischen Tod von mehr als 300 Bergleuten geführt hat, der schlimmsten Arbeitstragödie in der Geschichte des Landes.

WÄHREND: Diese Tragödie kein Einzelfall ist. Die Türkei verfügt über die dritthöchste Arbeitsunfallquote, einschließlich tödlicher Unfälle, im Bergbau. 2013 wurden rund 13.000 Bergarbeiter in den Minen verletzt, und seit 2000 sind 1.308 Bergleute bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen, eine erschreckend hohe Zahl.

WÄHREND: Diese Unfälle das direkte Ergebnis einer Politik sind, die darauf abzielt, die Unternehmensgewinne zu steigern und sämtliche Risiken auf die Beschäftigten abzuwälzen. Mit der Privatisierung des Bergbaus ist eine rapide Verschlechterung der Sicherheit am Arbeitsplatz einhergegangen. Der weitverbreitete Rückgriff auf Leiharbeitskräfte ist einer der Gründe für diese Verschlechterung, da die Leiharbeitsfirmen nicht für die erforderliche Schulung oder Ausrüstung für die Beschäftigten sorgen und sich weigern, einen angemessenen Arbeitsschutz zu gewährleisten. Die meisten der Soma-Bergleute waren nicht angemeldete Beschäftigte, die kaum den Mindestlohn erhielten.

WÄHREND: Die Regierung gleichzeitig keinerlei Anstrengungen unternommen hat, um sicherzustellen, dass die Gruben angemessen inspiziert werden, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Angesichts der hohen Zahl der Todesfälle und Verletzungen im Bergbau ist die Haltung der Regierung rücksichtslos und inakzeptabel. Das türkische Arbeitsministerium behauptet, das Bergwerk sei seit 2012 acht Mal inspiziert worden, zuletzt im März 2014, und entspreche den gesetzlichen Bestimmungen. Angesichts der fürchterlichen Explosion ist offensichtlich, dass diese Inspektionen unregelmäßig, ineffizient und reine Täuschung waren. Wenn diese Inspektionen ordnungsgemäß durchgeführt worden wären, wären unsere Kollegen heute vermutlich noch am Leben.

WÄHREND: Die Regierung eine parlamentarische Untersuchung der zahlreichen Arbeitsunfälle und schlechten Sicherheitsbedingungen im Bezirk Soma abgelehnt hat.

WÄHREND: Der Ministerpräsident weniger als 24 Stunden nach der Tragödie völlige Verachtung gegenüber den getöteten Beschäftigten und ihren Familien zum Ausdruck gebracht und die Empörung der Öffentlichkeit mit den Worten abgetan hat, dass "solche Unfälle ständig passieren". Als Grund dafür, dass kein Grund zur Sorge wegen Soma bestehe, führte er Grubenunglücke in anderen Ländern an, die zum Teil bereits über ein Jahrhundert zurücklagen.

WÄHREND: Die Regierung in Soma Demonstrationen verboten hat, kam es am Freitag zu Zusammenstößen zwischen Protestierenden und der Polizei, die Gummigeschosse, Tränengas und Wasserwerfer einsetzte. Anschließend hat die Polizei Kontrollpunkte eingerichtet und am Samstag Dutzende verhaftet, darunter auch Gewerkschaftsvertreter und Anwälte.

WÄHREND: Kollege Kani Beko, der Vorsitzende der DISK, nicht am IGB-Kongress teilnehmen konnte, weil er in ein Krankenhaus eingeliefert werden musste, nachdem ihn die Polizei bei einer Kundgebung in Izmir für die Soma-Opfer angegriffen hatte.

WÄHREND: Die Regierung jahrelang Verachtung für die Beschäftigten und die Gewerkschaften an den Tag gelegt, aggressive gewerkschaftsfeindliche Kampagnen durchgeführt und das Arbeitnehmerrecht auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen wiederholt verletzt hat.

UND IN DER ERINNERUNG DARAN, DASS: Die Beschäftigten auch in vielen anderen Ländern durch die Rücksichtslosigkeit von Regierungen und Arbeitgebern infolge von Privatisierungen, Deregulierung und/oder der fehlenden Inkraftsetzung der Gesetze Arbeitsunfälle erlitten haben oder bei der Arbeit ums Leben gekommen sind.

FORDERN WIR DAHER DIE REGIERUNG AUF:

Für die uneingeschränkte Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze zu sorgen, indem häufige und kompetente Grubeninspektionen durchgeführt werden;

Für die uneingeschränkte Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze zu sorgen, indem häufige und kompetente Grubeninspektionen durchgeführt werden;

FORDERN WIR DAHER SOMA HOLDINGS AUF:

Nicht mehr auf Leiharbeitsfirmen zurückzugreifen, da diese Praxis zu Arbeitnehmerrechtsverletzungen führt;

Dafür zu sorgen, dass alle Beschäftigten angemessen geschult werden und über die notwendige Sicherheitsausrüstung verfügen.

WIR VERPFLICHTEN UNS:

An der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen in der Türkei zu stehen, um dafür zu sorgen, dass diejenigen, die für diese Katastrophe verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden;

Gemeinsam mit dem IGB die Achtung der Gewerkschaftsrechte in der Türkei einzufordern;

Eine hochrangige Delegation in die Türkei zu entsenden, um den Prozess zu überwachen und unsere Mitgliedsorganisationen in dem Land zu unterstützen;

In allen Ländern auf die Gewährleistung hinzuarbeiten, dass die Arbeitsschutzgesetze internationalen Normen entsprechen und wirksam in Kraft gesetzt werden;

Gegen prekäre Arbeit zu kämpfen, die eine der Hauptursachen für arbeitsbedingte Verletzungen und Todesfälle ist;

Jedes System zu bekämpfen, bei dem Profite mehr zählen als die Menschen.